



## Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 12.11.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1	Konsolidierungs- und Modernisierungspaket für den Haushalt 2025 (WIN LB) - Aussprache (Vorberatung)	Vorl.Nr. 260/24
-------	--	-----------------

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat stimmt dem Konsolidierungs- und Modernisierungspaket (WIN-LB) für den Haushalt 2025, bestehend aus 23 Einzelmaßnahmen (siehe Anlagen 1 – 23), zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung einzelner Maßnahmen notwendige Satzungsänderungen etc. mit entsprechenden Beschlussvorlagen nachzureichen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Es erfolgt keine Abstimmung.

Die Beratung ist in der Gemeinderatssitzung am 3./4.12.2024 vorgesehen.

In den Ausschüssen erfolgt eine Aussprache.

#### **Beratungsverlauf:**

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung.

Er ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und erläutert, dass in heutiger Sitzung Fragen zu den Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen von WIN LB gestellt werden können, die das Dezernat I betreffen. Er führt in das Thema anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) ein. Angesichts der angespannten Haushaltslage seien in einem Risikomanagement des Investitionsbereichs Vorhaben gestoppt oder geschoben worden. Von 96 Investitionsmaßnahmen werden im Finanzzeitraum bis 2028 ein Drittel umgesetzt, ein Drittel wird auf die Zeit danach geschoben, und ein Drittel gestoppt. Im Rahmen von WIN LB soll die Stadtverwaltung modernisiert und konsolidiert werden. Er stellt die Themen der heutigen Sitzung vor. So soll ein Dokumentenmanagementsystem (DMS) eingeführt werden, das Abläufe in der Verwaltung schlanker gestalten soll. Der Gewerbesteuerhebesatz soll auf 400 Punkte angehoben werden. Gleichzeitig soll der in den vergangenen Jahren nie abgerufene Zuschuss ans Blühende Barock gekürzt werden und die Deckungsreserve soll ebenfalls gekürzt werden. Viele Themen müssten ehrlich besprochen werden. Wichtig

---

sei, dass bei der Kinderbetreuung die Schere zwischen den Elternbeiträgen und den tatsächlichen Kosten nicht weiter auseinander gehen könne. Viele anstehende Einsparungen würden auch in der Stadtgesellschaft zu spüren sein werden. Die Herbst-Steuerschätzung sei leider nachteilig für die Stadt ausgefallen.

Stadträtin **Schittenhelm** könne mit den Vorschlägen mitgehen. Bei der Gewerbesteuer sei die Frage, wie hoch der Hebesatz in benachbarten oder vergleichbaren Städten sei. Ihre Fraktion könnte sich auch weitere Reduzierungen bei der Deckungsreserve und beim Zuschuss für das Blühende Barock vorstellen.

Anerkennend betont Stadtrat **Herrmann**, dass die Verwaltung den Personalhaushalt angeht. In den letzten 10 Jahren habe es eine Steigerung der Stellenzahl gegeben. Er bittet um eine Aufstellung der befristeten Stellen der vergangenen 5 bis 10 Jahre. Die Gewerbesteuererhöhung, die nach der Coronazeit auf dem hohen Niveau geblieben ist, sieht die Fraktion kritisch. Stadtrat Herrmann fragt, wie viel der Deckungsreserve in den letzten 5 Jahren abgeflossen ist. Diese sei eigentlich für Unvorhergesehenes im Haushalt enthalten und sollte nicht für neue Projekte unterjährig verwendet werden. Der geplante Zuschuss für das Blühende Barock könne halbiert werden.

Stadtrat **Raasch** lobt das Zahlenwerk. Er vermutet, dass die angenommene Tarifsteigerung wohl nicht ausreichen wird. Die Gewerbesteuererhöhung sei in seiner Fraktion intensiv diskutiert worden, und man sei auf dem Weg zu einer einheitlichen Meinung. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems werde sich bestimmt rentieren. Die eingestellten Mittel für das Blühende Barock und die Deckungsreserve bezeichnet er als „stille Reserve“.

Stadtrat **Maier** zufolge seien viele Einsparvorschläge geprüft worden. Es werde noch viel über die weiteren Vorschläge diskutiert werden. Die Reduzierung der Deckungsreserve und des Zuschusses an das Blühende Barock seien strategische Elemente, die den Haushaltsplan entlasten, aber an der finanziellen Situation der Stadt nichts verändern würden. Die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 400 sei unverzichtbar für die Stadt. Ludwigsburg liegt mit dem aktuellen Hebesatz oft unter dem Durchschnitt mit vergleichbaren Städten. Unternehmen seien oftmals Kinderbetreuungsmöglichkeiten für die Belegschaft wichtiger als der Hebesatz. Klar sei, dass Einzelunternehmen von der Erhöhung nicht betroffen seien und den höheren Hebesatz nur wenige Kapitalgesellschaften zu bezahlen hätten.

Stadträtin **Kuhnke** gibt an, bei diesen ersten Haushaltsberatungen noch einige Nach- und Rückfragen zu haben, deren Beantwortung von der Verwaltung zugesagt wurde. Die Gewerbesteuererhöhung werde noch heiß diskutiert werden, sie wolle sich aktuell noch nicht positionieren.

Stadtrat **Dogan** ist eine schlanke Verwaltung wichtig, daher befürwortet er das Dokumentenmanagementsystem. Er signalisiert Zustimmung zu den meisten Punkten.

---

Die **Fachbereichsleiterin** Organisation und Personal betont, dass einige Bereiche bereits elektronische Aktenführung haben, nun solle die gesamte Verwaltung strukturiert umgestellt werden. Das sei bei der Vielzahl der Mitarbeitenden und Rechtsgebiete ein umfangreiches Projekt. In den ersten Jahren sei dies auch mit investiven Mitteln verbunden, langfristig werden dadurch Einsparungen erzielt.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen informiert, dass der Durchschnitt der 25 großen Städte im Land bei 398 Hebesatzpunkten liege. Er vermutet, dass auch andere Städte erhöhen werden und der Durchschnitt damit auch ansteige. Er zeigt die Entwicklung des Abflusses des städtischen Zuschusses an das Blühende Barock auf, und dass in den letzten 3 Jahren kein Zuschuss gezahlt werden musste. Als Reserve sollten die 200.000 Euro im Haushalt bleiben. Ebenfalls zeigt er die Entwicklung der Deckungsreserve auf, die zuletzt nicht mehr so stark genutzt worden ist. Im laufenden Jahr werden überplanmäßige Personalausgaben von 1,3 Mio. Euro über die Deckungsreserve ausgeglichen, da der Tarifabschluss höher ausgefallen sei und viele Stellen schneller wiederbesetzt wurden als angenommen.

Laut OBM **Dr. Knecht** sollte daher die Deckungsreserve nicht noch weiter reduziert werden und als Puffer erhalten bleiben. Er dankt für die Rückmeldungen zu den Konsolidierungsmaßnahmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.